

Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **92 (2001)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Aus- und Weiterbildung Etudes et perfectionnement

Genossenschaft Informatik Berufsbildung I-CH gegründet

Auf Initiative des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) wurde Ende September 2000 die Genossenschaft Informatik Berufsbildung CH (I-CH) gegründet. Sie soll das neue Konzept für die Berufslehre «Informatikerin/Informatiker» sowie für die berufliche Weiterbildung zu Abschlüssen mit eidgenössischen Fachausweisen und Diplomen in Informatik umsetzen. Damit ist zum ersten Mal in der Geschichte der schweizerischen Berufsbildung das zuständige Bundesamt selber aktiv geworden und hat die Gründung einer verbandlichen Dienstleistungsorganisation für die Berufsbildung in die Wege geleitet. Dieses Vorgehen hat sich aufgeklärt, weil von den bestehenden Verbänden keiner repräsentativ genug war, um für die Ausbildungsfragen das ganze Berufsfeld abzudecken. Das BBT amtiert weiterhin als Oberinstanz für alle Belange der Berufsbildung Informatik Schweiz.

In der Genossenschaft vertreten sind neben dem Schweizerischen Arbeitgeberverband auch die Bankiervereinigung, der Schweizerische Kaufmännische Verband, der Verband der Informatikorganisationen SVI/FSI, Swico, Swissmem und der Verband für die Informatik-Berufsbildung. Verschiedene Ausbildungsinstitute, die Deutschschweizer Berufsbildungsämter-Konferenz, Fachlehrervereinigungen und regionale Fachverbände sind der Genossenschaft I-CH in der

Form einer unterstützenden Vereinigung beigetreten.
pia.stalder@bbt.admin.ch

Kurse an der ETH

In den Semesterferien von Februar bis März 2001 können wieder verschiedene Kompakt- und Intensivkurse am Departement Informatik der ETH belegt werden.

Die Inhalte der Kurse reichen von Datenbanken, Sicherheitsaspekten bei der Internet-Benutzung und der Analyse von Hard- und Software über Enterprise Resource Planning bis hin zu Informatik-Projektentwicklung, XML Solutions oder Didaktik für Unterrichtende im Fach Programmieren.

Voraussetzung sind allgemeine fundierte Informatikkenntnisse. Ein Hochschulabschluss ist nicht erforderlich.

bernard@inf.ethz.ch

Liechtensteiner Schulnetz 2001

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein wird bis Sommer dieses Jahres in Zusammenarbeit mit den Firmen Telenet AG, Telecom FL AG und der Fachhochschule Liechtenstein sämtliche öffentlichen Schulen – inklusive der Primarschulen – mit Glasfaserkabeln vernetzen. Dabei werden die in verschiedenen Schulen bereits bestehende lokalen Infrastrukturen durch zentrale Daten- und Applikationsserver erweitert,

die dann mit ihren bildungsrelevanten Inhalten allen Schulen zur Verfügung stehen. Vorteile bringt die Vernetzung aber auch bei den Kosten: Durch die möglich werdende Fernwartung fal-

len die dezentralen Installationen und Aufwendungen für die Wartung weitgehend weg.

Presse- und Informationsamt des Fürstentums Liechtenstein, Tel. +423 236 67 22



Politik und Gesellschaft Politique et société

Internet führt nicht ins Abseits

Glaut man einer aktuellen, von Jeffrey Cole (Universität Kalifornien, UCLA) herausgegebenen Studie, so ist die Mehrheit der Amerikaner davon überzeugt, dass das Internet nicht etwa zur sozialen Vereinsamung, sondern im Gegenteil zu mehr Kontakt zur Familie führt und sich positiv auswirkt, wenn es darum geht, neue Freundschaften zu knüpfen. Über 80% schätzen die Möglichkeit, per E-Mail kommunizieren zu können.

Bereits zwei Drittel der Amerikaner benutzen heute bereits das Internet. Ihre Vorbehalte betreffen denn auch weniger die sozialen als die Sicherheitsaspekte, wie etwa die Offenlegung der Privatsphäre oder die Datensicherheit.

Bund und Wirtschaft binden Schulen ans Netz

Erst rund 15% der heute tätigen Lehrpersonen sind zurzeit in der Lage, moderne Technologien im Unterricht zu verwenden. Dem wollen Bund, Kantone und Wirtschaftspartner entgegenwirken, indem sie in den kommenden Jahren alle Primar-, Sekundar-, Mittel- und Berufsschulen der Schweiz ans Internet anschliessen wollen.

Die Privatwirtschaft signalisierte bereits die Bereitschaft, 100 Millionen Franken für den Ausbau der Infrastruktur beizutragen. Unternehmen wie Swisscom, IBM, Apple und Yellowworld (Post), die sich bereits im Projekt engagieren, werden unter anderem den Ausbau der Netzanschlüsse und der Dienste im Netz, der Hard- und Software oder die Erschließung dezentraler Regionen mit Netzanschlüssen und Diensten unterstützen. Das würde zumindest im ersten Teil der Aktion in den peripheren und ländlichen Räumen im Gegensatz zu den urbanen Zentren deutliche Fortschritte bringen, denn zwischen den einzelnen Kantonen, Regionen und Schulstufen bestehen bezüglich der Ausrüstung von Informations- und Kommunikationsinfrastruktur noch beträchtliche Unterschiede.

Der Bund wird sich in diesem Projekt ebenfalls angemessen beteiligen. Im Speziellen müssen auch Ausbildungsanstrengungen unternommen werden: 30 000 bis 40 000 Lehrerinnen und Lehrer müssten weitergebildet werden, damit sie die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht einbauen können.

Lanciert wurde das Projekt unter dem Namen «Public Privat Partnership – Schulen ans Netz» vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT). Die Konzepte sollen bis



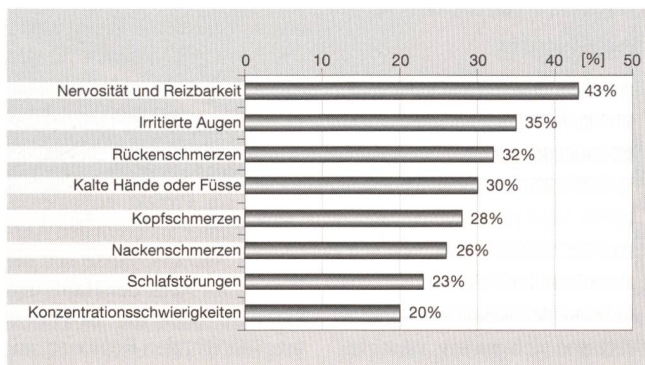
Bildschirmarbeit und Wohlbefinden

Immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen arbeiten an einem EDV-Arbeitsplatz. Dass Bildschirmarbeit aber nicht nur Segen bringt, wissen viele aus eigener Erfahrung. Wie oft ärgern wir uns über Softwareprobleme und müssen uns anstrengen, die flimmernenden Zeichen auf dem Monitor zu erkennen.

Nervosität, irritierte Augen und Rückenschmerzen gehören zu den häufigsten Beschwerden (Tabelle). Viele Beschwerden lassen sich durch eine gute ergonomische Einstellung der Arbeitsmittel verhindern. Der Stuhl soll so eingestellt sein,

dass die Oberschenkel waagrecht liegen, und die Unterarme sollen bei entspannten Schultern auf der Tischplatte abgelegt werden können – ansonsten sollte die Tischhöhe verstellbar werden. Der Bildschirm sollte ferner so eingestellt sein, dass seine Oberkante höchstens auf Augenhöhe liegt: leichtes Nach-unten-Schauen bewirkt ein vermehrtes Blinzeln, was wiederum zu mehr Augenfeuchtigkeit führt. Die Distanz zwischen Bildschirm und Augen sollte 50 bis 90 cm betragen. Reflexionen sind wenn immer möglich zu vermeiden.

www.aeh.ch



Häufigkeit des Auftretens verschiedener auf Bildschirmarbeit zurückzuführender Beschwerden



Februar 2001 fertiggestellt werden.

Thomas Bachofner, BBT,
Tel. 031 322 21 24

EU-Kommission forciert elektronische Archivierung

Der europäische Fachverband für die Anbieter von E-Business und Dokumentenmanagement, AIIM Europe, will im Bereich der elektronischen Archivierung stärker mit der EU-Kommission zusammenarbeiten. Unter anderem soll ein europäisches Forum etabliert werden, das sich mit Technologien und Praxislösungen für die öffentliche Verwaltung befassen soll und Ende 2001 in Brüssel stattfindet. Mittels Informationsmaterial sollen die Anwender

im öffentlichen Sektor für die Bedeutung der elektronischen Archivierung sensibilisiert werden.

Um Themen wie langfristige Archivierung, Standardisierung und rechtliche Absicherung von digitalisierten Informationen öffentlich zu diskutieren, veranstaltete die Kommission im Oktober 1999 bereits das zweite DLM-Forum (DLM steht für documents lisible machinelement). Seitens der Industrie wird die Harmonisierung der rechtlichen Vorschriften als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet: beispielsweise existieren im europäischen Raum drei verschiedene Arten von digitaler Signatur mit unterschiedlicher Qualität! Auch im Bereich des geistigen Eigentums sieht die Industrie Handlungsbedarf, damit Handel, Speicherung und Verwendung

mit geistigem Eigentum kontrolliert ablaufen. Weiter bekannt sich die Industrie dazu, ein Berufsprofil zu entwickeln, das die Kernkompetenzen einer Fachperson für elektronische Archivierung klar definiert. Zusammen mit der Kommission sollen interdisziplinäre und modular aufgebaute Zertifizierungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme entwickelt werden.

www.dlmforum.eu.org

100 Mio. Fr. für Hightech-Firmen

Die neu gegründete Gesellschaft *Venture Incubator* unterstützt ab sofort junge erfolversprechende Start-up-Unternehmer mit Kapital für die Startphase sowie Coaching und Beratung beim Aufbau ihrer Firmen. Hinter *Venture Incubator* stehen namhafte Schweizer Unternehmen sowie die ETH Zürich und McKinsey & Company.

Venture Incubator ist die erste Risikokapitalgesellschaft der Schweiz, die gezielt private und universitäre Gründerteams auf ihrem Weg in den Markt unterstützt. Ein Zusammenarbeitsvertrag wurde bereits mit der ETH Zürich abgeschlossen; der Einbezug weiterer Hochschulen ist geplant. Mit der Kombination von Kapital und Beratung will *Venture Incubator* den Aufbau und das Wachstum junger Unternehmen beschleunigen helfen und zukunftsweisende Geschäftsideen erfolgreich zur Marktreife bringen.

Venture Incubator fokussiert seine Investitionstätigkeit auf Start-ups in einem frühen Entwicklungsstadium, dem sogenannten «Seed-Bereich». In dieser frühen Phase ist es für Jungunternehmer häufig schwierig, Kapital zu erhalten – eine Erfahrung, die auch viele Teams aus den Businessplan-Wettbewerben *Venture 1998/2000* gemacht haben. *Venture Incubator* schliesst damit eine Lücke in der Schweizer *Venture-Capital-Szene*.

Jungunternehmer aus der Schweiz und dem angrenzenden

Ausland, die sich für eine Unterstützung und Beteiligung durch *Venture Incubator* interessieren, können sich ab sofort bewerben. (Weitere Auskünfte erhalten Sie unter der Tel. 041 726 56 16.)

Die Beurteilung von Anträgen wird von einem Management-Team unter der Leitung von Franz Stadler, einem erfahrenen Unternehmensgründer (Schweiz und Silicon Valley), vorgenommen. Dieses Team hat Zugang zum Know-how und Netzwerk der Investoren, ETH Zürich und McKinsey und ist für die Investitionen von *Venture Incubator* zuständig.

EU-Energieprogramme gefährdet

Die europäischen Programme *Save-II*, *Altener* und *Synergy* geraten auf Grund der Reorganisation der Europäischen Kommission unter Druck. In einer Note an den Ministerrat und das Europäische Parlament schlägt die Kommission einen vorzeitigen Abbruch der drei Programme vor, um sich mit den dadurch frei werdenden personellen Ressourcen vermehrt ihren Kernaufgaben widmen zu können.

Anstelle der in den drei Programmen unterstützten kleinen Projekte mit relativ geringen finanziellen Beiträgen und grossem personellen Aufwand plant die Kommission eine Konzentration auf ihre Kernaufgaben mit grossen Budgets, aber geringer Personalbindung. Ob dabei die in den drei Programmen laufenden Aktivitäten in anderen Programmen weitergeführt werden sollen, ist noch offen. Bei einem Abbruch von *Save-II* wären die Etikettierungsprojekte sowie die laufenden Verhandlungen zwischen der Kommission und der Industrie bezüglich freiwilliger Vereinbarungen im Bereich elektrischer und elektronischer Geräte gefährdet. Auf Grund des einheitlichen Marktes in der Gemeinschaft können diese Projekte nicht auf Ebene der Mitgliedstaaten durchgeführt werden (Quelle: www.idea-link.org).